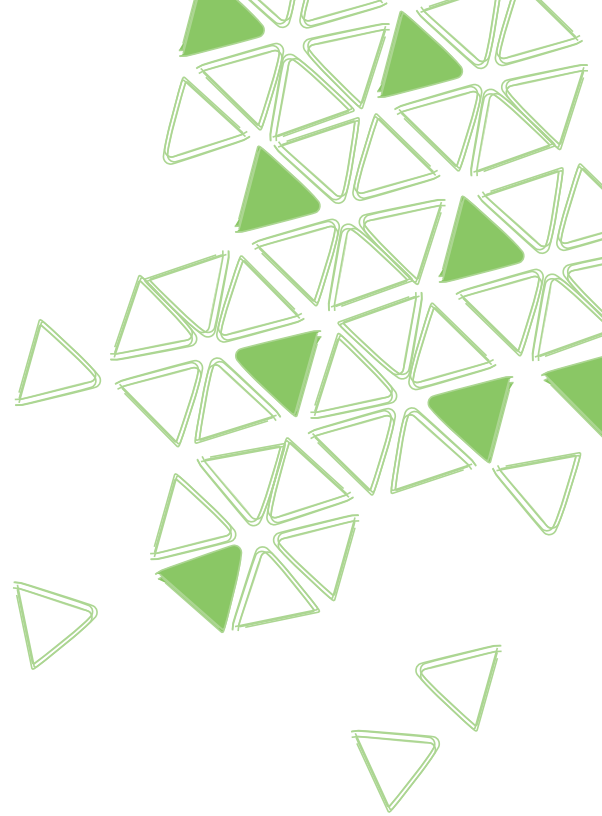


# Anregungen für die JMD-Lobby-Arbeit



Vergleicht man die gesellschaftliche Teilhabe von jungen geflüchteten Menschen symbolisch mit einem Puzzle, dann könnte das JMD-Programm ein einzelnes Puzzle-Teil darstellen. Es passt sich nur gut ein und kann verbinden, wenn die umliegenden Teile vorhanden sind und passende Zuschnitte bieten. Das Bild ist also erst erkennbar, wenn entsprechende Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Angebote gewährleistet sind.

Im Modellprojekt jmd2start – Begleitung für junge Flüchtlinge im JMD haben die Mitarbeiter\*innen erhebliche Lücken identifiziert und daraus Forderungen formuliert. Sie haben diese bereits in ihre Lobbyarbeit vor Ort aufgenommen. Doch das genügt nicht, um grundlegend etwas zu verändern!

Daher geben sie ihre Erkenntnisse und Forderungen hiermit auch den JMD-Vertreter\*innen auf Landes- und Bundesebene mit, damit die Voraussetzungen für Teilhabe und Chancengleichheit für junge geflüchtete Menschen stärker diskutiert und verbessert werden.

## **Sprache ist der Schlüssel – Zugang zum Deutscherwerb von Anfang an**

- Zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration sollten alle Geflüchteten unabhängig von ihrer Bleibe- oder Ausreiseperspektive ab dem ersten Tag ihres Aufenthalts in Deutschland grundsätzlich Zugang zu deutschem Sprachunterricht und anderen Bildungsangeboten haben (angefangen bei frühkindlicher Bildung über den regulären Schulbesuch bis hin zu beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildung). Auf Basis ihrer mitgebrachten Qualifikationen sollten sie Informationen über Gleichwertigkeitsprüfungsverfahren, Möglichkeiten zur Aufnahme einer Ausbildung, eines Studiums oder einer Erwerbstätigkeit erhalten.

## **Wohnen: Sozialen Wohnungsbau stärken**

- Die Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik muss die Zielgruppe von jungen geflüchteten Menschen im Blick haben und mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Gerade die Kommunen sind hier gefragt. Da viele Menschen in Ballungsgebieten von Wohnungsnot betroffen sind, ist dies ein für die ganze Gesellschaft relevantes Thema, sodass hier umfassende Lösungen gefragt sind, die nicht verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen.

## Deutsch- und Integrationskurse

- Eine Öffnung der (Jugend-)Integrationskurse für alle jungen Menschen unabhängig vom Aufenthaltsstatus ist dringend nötig, um frühzeitig qualifiziertes Erlernen der deutschen Sprache zu fördern.
- Träger von Integrationskursen sollten zur Kooperation mit den Jugendmigrationsdiensten verpflichtet werden, um die gegenwärtige oft unabgestimmte Zusammenarbeit auf eine verbindlichere Grundlage zu stellen.
- Zudem sind eine Ausweitung des B2-Kurs-Angebots ohne spezifischen Berufsbezug sowie die Öffnung dieser Kurse für alle Jugendlichen unabhängig vom Aufenthaltsstatus zwingend erforderlich.

## Schulbildung

- Das Angebot an Schulplätzen mit besonderer Förderung für Geflüchtete und an (Jugend-)Integrationskursen ist dringend auszubauen.
- Wir fordern die Einführung einer bundesweiten (Berufs-)Schulpflicht für junge Menschen bis 27 Jahren. Damit gemeint ist die Erweiterung des Schulrechts, das die Kultusbehörden verpflichtet, entsprechende Angebote vorzuhalten bzw. die bestehenden Angebote für zusätzliche Altersgruppen zu öffnen. Nicht gemeint ist, dass junge Menschen zur Teilnahme an Maßnahmen verpflichtet werden können, die nicht ihren Bedarfen und Zielen entsprechen.
- Recht auf Bildung: Jungen Menschen muss Bildung, insbesondere eine schulische Bildung, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus ermöglicht werden, auch jungen Menschen aus als sicher erklärten Herkunftsstaaten. Zudem sollte der Wechsel des Status oder des Leistungsbezugs die Bildungslaufbahn nicht gefährden.
- Junge geflüchtete Menschen benötigen eine Aufenthaltssicherung während der Schulzeit bzw. anderer konkret geplanter Bildungsmaßnahmen. Die Möglichkeit der Aufenthaltssicherung über eine Ausbildungsduldung darf nicht dazu führen, dass junge Menschen in eine Ausbildung gedrängt werden, die nicht ihren Kompetenzen und Neigungen entspricht oder für die sie die notwendigen Voraussetzungen („Ausbildungsreife“) noch nicht mitbringen.
- Das Lehrpersonal in Vorbereitungsklassen braucht eine fachspezifische Ausbildung bzw. Qualifizierung (z. B. in Deutsch als Fremdsprache und Deutsch als Zweitsprache), um einen hohen Qualitätsstandard gewährleisten zu können.
- Geflüchteten Jugendlichen muss bei gesundheitlichen Einschränkungen (z. B. durch psychische Belastungen) die Möglichkeit gewährt werden, sich freustellen zu lassen, um nach einer angemessenen Auszeit die schulische Ausbildung fortzusetzen.
- Wir fordern eine adäquate Anerkennung von bereits erbrachten Bildungsleistungen (inklusive Fremdsprachkenntnisse), für die Belege aus dem Herkunftsland fehlen.

## Studium

- Es sollen regionale Plattformen für den Fachkräfteaustausch geschaffen werden (z. B. bei Asta, International Office, Flüchtlingsbeauftragte mit JMD)
- Es müssen dringend sinnvolle Überbrückungsangebote bei Wartezeiten (Deutsch- und Vorbereitungskurse) gefunden werden.
- Die Stipendienprogramme für geflüchtete Studierende müssen in der Finanzierung bedarfsgerecht angepasst werden.
- Wir fordern die Einführung eines Aufenthaltstitels zur Durchführung eines Studiums.

## Ausbildung und Arbeit

- Der Zugang zu Maßnahmen, Leistungen und zum Arbeitsmarkt darf nicht von dem politischen Konstrukt der „Bleibeperspektive“ abhängig gemacht werden. Die „Bleibeperspektive“ ist immer individuell und somit sollten keine Gruppen pauschal von Maßnahmen ausgeschlossen werden. Dies schadet in erster Linie der Motivation der jungen Menschen, die sich nur schwer wieder aufbauen lässt.
- Wir fordern eine Existenzsicherung bei schulischer Ausbildung und eine Umsetzung der Bundesausbildungsbeihilfe sowie die regelmäßige Gewährung ausbildungsbegleitender Hilfen für junge Menschen in beruflicher Ausbildung (mit Aufenthaltsgestattung), auch wenn sie nicht aus den TOP-5-Ländern kommen. Der rechtmäßige, dauerhafte Aufenthalt ist durch die Ausbildung in Aussicht gestellt. Zudem sollten den jungen Menschen Berufseinstiegsbegleiter\*innen zur Seite gestellt werden. Ebenso sollte der Deutschunterricht an den Berufsschulen während der Ausbildung bis zum Niveau B2 weitergeführt werden.
- Für die Dauer der Ausbildung muss statt einer Duldung ein Aufenthaltstitel gewährt werden. Eine qualifizierte Berufsausbildung kann jungen Menschen den Aufbau ihrer Zukunft erleichtern, auch wenn sie später in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen.

### Das JMD-Programm stärken, um junge Menschen zu stärken

Seit 2015 haben allein über 600.000 junge Menschen zwischen 11 und 29 Jahren in Deutschland Asyl beantragt.<sup>1</sup> Teilhabe, Chancengleichheit und Perspektiven für junge Menschen zu schaffen, ist eine zentrale gesamtgesellschaftlich Aufgabe. Die Begleitung der Jugendmigrationsdienste wirkt, indem JMD eine Kultur des Miteinanders, des Vertrauens und der Selbstwirksamkeit schaffen und leben. Persönliche Beratung und Begleitung funktionieren nicht im Schnellverfahren. Sie brauchen Zeit und fachliches Know-how – gerade unter den hier dargestellten komplexen Anforderungen. Ein Ausbau der Stellen im Regel-JMD-Programm ist daher dringend erforderlich.



Die Forderungen wurden zusammengestellt von den Mitarbeitenden des Modellprojekts jmd2start, 12/2017.  
[www.jmd2start.de](http://www.jmd2start.de)

<sup>1</sup> Diese Altersspanne entspricht in etwa der Zielgruppe der Jugendmigrationsdienste. Vgl. BAMF: Das Bundesamt in Zahlen. Asyl, Migration und Integration, für die Jahre 2015-2017, unter: [www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/BundesamtInZahlen/bundesamt-in-zahlen-node.html](http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/BundesamtInZahlen/bundesamt-in-zahlen-node.html)